

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 Mt., fürs
Ausland 1,50 Mt. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3 gespaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarendindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 33 :. 31. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-
straße 106 :. Telephon: Amt Morichplatz, 2120

Berlin, den 17. August 1917

Für die Woche vom 19. bis 25. August 1917 ist der 34. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

Inhalt. Beitragsleistung. — Die Furcht vor dem jungen Demos. — Zur Regelung der Grundlöhne für die Reiseartikelbranche. — Sitzung der Schlichtungskommission für das Lederverarbeitungs-gewerbe in Leipzig. — Neue Vereinbarungen für die Münchener Lederverwarendindustrie. — Aus unserer Beruf. — Aus anderen Organisationen. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Bücherchau. — Anzeigen. — Adressenverzeichnis.

Die Furcht vor dem jungen Demos.

P. B. Als vor drei Jahren die Kriegsfackel die ganze Welt in Brand setzte, fragten die deutschen Arbeiter zunächst nicht danach, wer das Land in Feuersbrunst gesetzt hatte, sondern saßen eifrig zu, um die verheerenden Wirkungen möglichst zu mildern. Es war nicht mehr als natürlich, daß die Hausfreitigkeiten eingestellt wurden, und es entstand das berühmte Wort von dem „Burgfrieden“.

So gut es nun auf der einen Seite immer Leute gab, die in dem Glauben lebten, daß der Burgfrieden zum ewigen Frieden, zur — Harmonie zwischen Kapital und Arbeit führen werde, so starben im anderen Lager die erklärten Feinde eines vorübergehenden Waffenstillstandes in den Kämpfen des gewerblichen Lebens niemals aus. Gewiß, wir haben keine größeren Kämpfe oder Aussperrungen in der Kriegszeit gehabt, aber nicht aus besserer Einsicht der Arbeitgeber, sondern weil die militärischen Behörden ein Wörtchen mitzusprechen hatten.

Zu den Leuten, die den Kampf um des Kampfes willen lieben, gehören die Kreise um die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ herum. Es dürfte im Kriegslauf keine Nummer dieses Blattes erschienen sein, die nicht gefüllt war mit Haß und Verachtung für die Bestrebungen der deutschen organisierten Arbeiterschaft. Es ist unmöglich, dem Blatt in seiner robusten und durch nichts abzuhaltenden Art ständig zu folgen, weil wir schließlich noch andere Aufgaben zu lösen haben, als eine unfruchtbare Polemik zu führen. Daß die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ auch gut alldeutsch redigiert ist, versteht sich am Rande. Aus diesen Gründen ist ihr die für die Arbeiterschichten ohnehin magere Entwicklung auf dem politischen Gebiete in den letzten Wochen noch viel zu viel, und so nimmt sie in der Nr. 30 vom 29. Juli in einem Artikel, überschrieben „Volk und Arbeiterschaft“, Stellung gegen die Neuorientierung. Der Artikel geht von einem bekannten Wort Bismarcks aus, wonach zum Volk nicht nur einzelne Teile des Volksganzen gehören, sondern vom ersten Beamten bis zum letzten Tagelöhner das Volk bilden. Ganz unsere Meinung. War es aber bisher so? Das Blatt führt nun weiter aus, daß sich immer mehr und mehr der Gedanke

ausbilde, daß zum Volk nur die Massen, und von diesen wiederum nur der organisierte Arbeiter zum Volk gehören. Aber das müssen unsere Leser selbst lesen. Es heißt hierüber:

„Wie steht es nun heute? Wenn wir gegenwärtig von der Demokratisierung sprechen, meinen wir dann eine Volksherrschaft in jenem idealen Sinne, in dem eben Bismarck das Volk verstanden hat, das Volk unterschiedslos vom ersten bis zum letzten Bürger? Oder hat sich auch bei uns schon wieder eine ganz bestimmte Vorstellung über die Art dieser Volksherrschaft gebildet, daß es nämlich nicht eigentlich das Volk, sondern nur ein ganz bestimmter Teil des Volkes sein soll, in dessen Hände die Herrschaft übergeht? Man kann in dieser Beziehung nicht vorsichtig genug sein, auch Demokratie und Oligarchie (Herrschaft weniger, einer kleinen Gruppe) sind nahe miteinander verwandt, und wenn die Demokraten von einer Volksherrschaft sprechen, so meinen sie gewöhnlich die Herrschaft eines kleinen Kreises, um den sich ihre eigenen persönlichen Interessen bewegen! — Die Wahrheit ist, daß wenn augenblicklich die Volksherrschaft als notwendiges Ziel hingestellt wird, eigentlich die Herrschaft der Arbeiter, der gewerblichen und vor allem der organisierten Arbeiter darunter verstanden wird. Die Sozialdemokratie hat die Entwicklung sehr geschickt nach ihren Wünschen geleitet, sie hat die Deffektivität, sie hat weite Kreise der Wissenschaft und vor allem die Regierung in den Glauben veretzt, daß Demokratie und Arbeiterherrschaft so ungefähr auf das gleiche hinauskommen. Alle öffentlichen Einrichtungen, vornehmlich das Wahlrecht, aber auch die sonstige Verfassung und Gesetzgebung sollen sich diesem Gedanken angepaßt; man muß es bewundern, mit wie zielbewusster Suggestion die Anschauung verbreitet worden ist: das Volk, nun, das Volk sind eben die Arbeiter, nicht einmal alle Arbeiter, sondern ganz besonders die Fabrikarbeiter! Es muß etwas fürs Volk geschehen, das bedeutet heute in 99 von 100 Fällen nichts anderes, als daß ein Gesetz zugunsten der Industriearbeiter erlassen wird! Dem Volk müssen neue Rechte eingeräumt werden, was besagt es anderes, als daß nun die Fabrikarbeiterschaft und ihre Vertreter an maßgebender Stelle ihren Einfluß ausüben, daß sie auf die wichtigsten Posten berufen werden sollen! Die Volksbildung muß gefördert werden, jeder „Sohn des Volkes“ soll den Weg nach oben frei und offen finden, woran denkt man dabei? Doch zumeist nur daran, daß die Kinder der Fabrikarbeiter möglichst rasch zu Technikern, Beamten, Akademikern befördert werden! Demokratie, Volksherrschaft, das deutet sich heute bei unbefangener Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse in weitem Umfange mit einer, jagen wir vorsichtig, Präponderanz, mit einer Vorherrschaft des Arbeiterstandes!“

Ich glaube, daß wir keinen Fehler begehen, wenn wir dem Leser empfehlen, diesen Erguß noch einmal zu lesen. Wir können dann mit unserer Kritik sehr kurz sein. Jede Zeile ist von einem Zynismus und andererseits von Furcht durchtränkt, daß der Arbeiter im neuen Deutschland berufen sein soll, eine Stellung einzunehmen, die seiner Intelligenz und Energie entspricht. Wir fühlen aufrichtiges Mitleid mit dem Schreiber der alldeutschen „Arbeitgeber-Ztg.“, denn inzwischen, da bekanntgeworden ist, daß eine Arbeiterhofe den Sessel eines Unterstaatssekretärs poliert, muß das Bauchgrimmen dieser Leute ins Ungemeine gestiegen sein.

Im folgenden Kapitel geht man nun dazu über, eine Krokodilsträne zu weinen. Niemand wisse mehr den deutschen Arbeiter zu schätzen als die Herren in der Redaktionsstube der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“. Es wäre unrecht, der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ grundsätzliche Arbeiterfeindschaft vorzubalten. Dieses kann man aber nur Leuten erzählen, die sonst die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ nicht lesen. Und nun geht man auf Grund peinlichster Berechnung daran und sucht den Beweis zu führen, welcher erbärmlich kleiner Teil des Volksganzen doch die Fabrikarbeiterschaft darstellt. Nach berühmtem Muster geht man dazu über und stellt die Steuerleistung des Arbeiterstandes den Steuermitteln gegenüber, die der Besitz aufbringt. Hierüber ist so viel schon an anderer Stelle gesagt worden, daß wir es für überflüssig halten, diesen Erguß noch tieferzubängen. Die Wahlrechtsbottschaft scheint diesen Herren doch sehr schwer im Magen zu liegen.

Wie wenig aber die Leiter der Arbeitgeberorganisationen unsere Zeit verstanden haben, zeigen folgende Zeilen:

„Wenden wir uns von den materiellen zu den ideellen Leistungen, so betreten wir ein Gebiet, dessen auch nur annähernde Behandlung an dieser Stelle ganz ausgeschlossen ist. Wer wollte abmessen, was ein einziger Gedanke, eine geniale Erfindung, ein kühner Entschluß für die Volkswirtschaft bedeutet! Aber wir brauchen nicht einmal so hoch zu greifen, wir halten uns an die einfache, im Begriff des „Arbeitgebers“ liegende Tatsache, daß auf der einen Seite eine Persönlichkeit steht, deren Initiative für hundert oder tausend andere Leute Lohn und Brot schafft, und daß auf der anderen eben diese hundert oder tausend Abhängiger zu finden sind, und wir erkennen sofort, welche Stelle auch unter solchen Gesichtspunkten der Arbeiterschaft innerhalb des Volkes anzuweisen ist.“

Das alte Lied, das neue Lied von dem humanen Arbeitgeber, von dem Brotgeber, der Hunderttausende von Arbeitern und deren Familien ernährt, und daß der Arbeiter in folgedessen keine Rechte als Staatsbürger erheben darf, daß er nach wie vor in der Ecke zu stehen hat und den Herren mit der allein gepachteten Intelligenz und dem vollen Geldbeutel die Vormundschaft über alle die überläßt, die nichts haben. Wer denkt hier nicht an Heines drastische Worte?

Die Herren in der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ haben aber Schemen. Die folgende Nr. 31 untersucht die Frage, ob die Sozialdemokratie noch lebt. Selbstverständlich bezieht sich dies auch auf die Gewerkschaften und wird prozentual berechnet, um wieviel unsere Mitgliederziffern gesunken. Dieses Manöver ist sehr durchsichtig und weiß man in diesen Kreisen viel zu gut, daß höhere Interessen uns den Nachweis unterbinden, wie es in Wirklichkeit heute in den Arbeiterorganisationen steht. Man will allerdings einen Gegensatz konstruieren zwischen Partei und Gewerkschaft und ziert letzterer bei Kriegsschluß, wieder neues Leben in Folge der Zurückflutung der Massen. Es bleibt aber im

übrigen dabei, daß man den Regierungen und den Behörden den Glauben heibringen will, daß alles, was in den letzten Wochen gesprochen und getan, ein höchst überflüssiges Werk sei, weil die Arbeiterorganisationen tot seien, vornehmlich soweit es die Partei betrifft.

Es würde zu weit führen, wollten wir die Kritik noch an anderen Artikeln üben, die gleichfalls in den beiden Nummern enthalten sind.

Aus Furcht vor der Demokratie wird also die Regierung erjucht, der aufsteigenden Arbeiterchaft den „gebührenden Platz“ anzuweisen, weil man selbst die spärlich verarbeitete Dosis Demokratie für staatsgefährlich hält. Andererseits hegen die Herren in der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ doch noch stille Hoffnungen, die der deutschen Arbeiterchaft lebhaft zu denken geben müssen.

Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ schreibt an einer Stelle:

„Wenn wir die heute umherflatternden sozialdemokratischen Geistesparteiern beobachten, so sehen wir, daß sie alle wie hungrige Geier um ein gefallenes Tier, um den mitgliederleeren Körper der Gewerkschaften herumkreifen. Hier wollen sie sich alle niederlassen.“

Man führt dann weiter aus, daß die alte sozialdemokratische Partei wohl noch am meisten Aussicht hat, den Anschluß an die Gewerkschaften zu erhalten und kommt dann zum Schluß, indem sie schreibt:

„Wenn es gelingen sollte, der jetzt über alle Gewerkschaftsrichtungen und Angestelltenverbände hinüberreichenden Arbeitnehmerorganisation eine ebenbürtige Arbeitgeberorganisation gegenüberzustellen, so daß durch die entschiedene Wahrnehmung auch der Ausgleich aller Interessen verbürgt erscheint, dann könnte es vielleicht kommen, daß wir in Deutschland einen reformistischen Syndikalismus erhalten, mit dem sich reden lassen wird. Die umherjagenden Geier jedoch aus dem Nest am Schiffbauerdamm, die Arbeitergemeinschaftler und Internationalisten in der U. S. R., dann die Gangrabitalen werden ihre Interessen nicht aufgeben. Die Phrasologie, die sie jetzt entfalten, ist vollkommen die des französischen revolutionären Syndikalismus.“

Ist auch der Sinn des letzten Satzes etwas verflaut, so lassen die Gesamtausführungen doch erkennen, daß die organisierten Arbeitgeber auf den Zerlegungsprozess in der Sozialdemokratie weitgehende Hoffnungen aufbauen. Man rechnet sehr stark damit, daß die Gewerkschaften von diesen Folgen nicht unberührt bleiben, und daß sie im Laufe der Zeiten zur Ohnmacht der französischen Organisationen, in denen nur Schall und Rauch herrscht, verurteilt sind. Um nun die Macht der Organisationen vollständig auszuschalten, ruft man die deutschen Arbeitgeber auf, eine allumfassende Organisation zu schaffen.

Diese Sprache ist herzerfröhlich deutlich und dürfte geeignet sein, manchen Arbeiter am Kreuzweg seiner Irrfahrten zur Besinnung zurückzurufen.

Kommt die Arbeiterchaft zu dem Entschluß, ihre Energie zum Auf- und Ausbau ihrer Organisationen zu verwenden, statt stets und ständig darauf zu fassen, wie der alles zerplitternde Keil noch tiefer in die Fugen und Ritze des Organisationsgebäudes getrieben werden kann, dann dürften wir die Hoffnungen des Unternehmertums etwas stark herabmindern können. Dann und nur dann wird es der Arbeiterchaft möglich sein, die jetzt schwach anjekenden Knospen einer freiheitlichen Entwicklung zur vollen Blüte zu treiben, und zwar nicht nur zum Nutzen der Arbeiterchaft allein, sondern des Volksganzen.

Zur Regelung der Grundlöhne für die Reiseartikelbranche.

Der neue Tarif für die Reiseartikelbranche hat uns vor eine völlig neue Aufgabe gestellt. Es sollen mit den Unternehmern zusammen Schritte getan werden, in das heute herrschende Durcheinander der Affordlöhne Ordnung zu bringen und deshalb in gemeinsamer Beratung Grundlöhne zu schaffen.

Das ist eine notwendige, eine dringend notwendige Aufgabe. Denn gerade die Affordpreise sind heute ein wunder Punkt in unserem Arbeitsverhältnis. Jede Werkstatt hat ihre eigene Kalkulationsmethode. Die eine schert alles über einen Kamm,

gleichgültig, ob gute Sechshundfachen oder Sachen aus Schafleder. Eine andere gewährt einen Aufschlag für bessere Leder. Selbst für die gleichen Artikel gibt es soviel Preisunterschiede, als es Firmen gibt, die sie anfertigen. Ja, es kommt sogar vor, daß ein und dieselbe Firma für ein und denselben Artikel verschiedene Preise zahlt, weil er unter zwei Nummern geführt wird und die eine Nummer alt, die andere aber neueren Datums ist. Unter solchen wirren Verhältnissen haben unsere Affordarbeiter wirklich allen Grund, den Tag zu begrüßen, wo hier einmal eine vernünftige Ordnung hereingebracht wird. Und deshalb wird man auch dieser Anregung unserer Branchenkommission die besten Erfolge wünschen.

Meines Erachtens nach ist es aber mit dem Wünschen nicht getan. Wollen wir wirklich eine befriedigende Regelung erzielen, so ist es dringend nötig, daß diese Arbeit nicht allein auf den Schultern unserer Kommissionsvertreter ruht. Nein, weite Kreise der Kollegenchaft sollen ihnen Hilfe leisten, alle Affordarbeiter sollen mitarbeiten. Keiner von den Kollegen und sei es der Anspruchsvollste, wird verlangen, daß die Kommission sämtliche Artikel auch nur einer einzigen Firma kennt. Und nun gar die vielen, vielen Muster der verschiedensten Firmen.

Deshalb werden wir es wohl oder übel so machen wie in den Fällen, wo unsere Vertreter für uns beim Unternehmer vorstellig werden, um Differenzen zu schlichten. Dort lassen die einschichtigen Arbeiter sie auch nicht mit leeren Händen hingehen, sondern informieren sie schon vorher, damit unsere Vertreter wissen, was gespielt wird. Und ebenso wie die Kollegen in der Werkstatt in weiser Würdigung der Verhältnisse für das nötige Material sorgen, dürfen wir auch bei dem großen Reinemachen im Affordwirmarr unsere Vertreter nicht in Unterhandlungen eintreten lassen mit den geschäftsgewandten Unternehmern, ohne das Außerste zu ihrer Information getan zu haben.

Was würden wir machen, wenn wir einen wichtigen Prozess zu führen hätten und einen tüchtigen, rechtskundigen Rechtsanwalt zu unserem Vertreter vor Gericht bestellt hätten? Würden wir uns nicht bemühen, ihn so gut wie möglich zu informieren, ihm Beweismaterial zu geben, das so unanfechtbar, so beweiskräftig wie möglich ist?

Nicht viel anders ist ja auch unsere Aufgabe. Denn genau wie der Rechtsanwalt vor Gericht, braucht auch unser Vertreter in der Kommission, die die Grundlöhne festsetzen soll, gutes, einwandfreies, beweiskräftiges Material. Soll er zum Beispiel beweisen, daß einzelne Stapelartikel besonders schlecht stehen, so darf er sich nicht auf ein paar Nummern stützen, die er zufällig kennt. Dann sind die Unternehmervertreter gleich bei der Hand und nennen ihm ein paar andere Nummern der gleichen Art, die zufällig wieder bedeutend höher stehen. Viel erfolgreicher, viel durchschlagender wirkt es, wenn er sich auf ein Material stützen kann, das systematisch gesammelt und reichhaltig ist. Damit kann er auch dem hartnäckigsten Unternehmervertreter entgegen treten. Deshalb, je besser wir unsere Vertreter in der Kommission mit Material versehen, desto leichter können sie für uns wirken, desto größer wird auch ihr Erfolg sein. Grund genug für uns, mitzuarbeiten, um einen wirklichen Fortschritt zu erzielen und zu besseren Affordverhältnissen zu kommen.

Wit dem Sammeln des Materials ist aber unsere Mitarbeit noch keineswegs erschöpft. Es gilt tapfer mitzuarbeiten am Aufbau des Neuen, an der Umgestaltung unseres Affordwesens. Diese Mitarbeit verlangt schon unser demokratisches Recht. Wir sollen selbst die Entscheidung treffen. Das war ja auch die Gepflogenheit unserer gesamten Tarifbewegungen, vom ersten Tarif der Portefeuller 1889 bis heute. Das muß unbedingt auch hier eingehalten werden, bei dieser wichtigen Frage der Affordregelung. Steht doch hier das Lebensinteresse von mehr als der Hälfte unserer Kollegen auf dem Spiel. Handelt es sich doch hier nicht nur um einen Beschluß für ein Jahr, sondern darum, den Grundstein zu legen zur künftigen besseren Regelung der Affordbedingungen.

Aber wer das Recht hat, übernimmt auch gleichzeitig die ernste Pflicht, es auszuüben.

Wir müssen auch kommen, wenn die Branchenleitung uns zur entscheidenden Versammlung ruft. Wir dürfen nicht fehlen bei diesen wichtigen Versammlungen. Wie leicht könnte es sonst so ausgelegt werden, als hätten wir kein Interesse daran!

Das also ist unsere zweite Aufgabe: teilzunehmen an den Versammlungen und Beratungen, die der Gang der Dinge nötig macht.

Doch auch damit ist nur halbe Arbeit geleistet. Wirklich wertvoll wird sie nur dann, wenn wir es nicht bei der Information und bei der Teilnahme an den Versammlungen bewenden lassen. Nein, wir müssen weitergeben, wir müssen uns beteiligen an der Lösung des Problems: Wie regeln wir künftig am besten unsere Affordlöhne?

Wenn wir in der Werkstatt ein neues Muster kalkulieren sollen, dürfen wir ja auch nicht zum Vertrauensmann jagen: „Suche du selbst den richtigen Preis! Wir wollen dann jagen, ob er uns gefällt oder nicht gefällt!“ Sondern wir selbst, jeder einzelne, der hier in Betracht kommt, muß seinen Kopf anstrengen, denn nur durch gemeinsame Arbeit kommt der Preis zustande.

Ebenso aber, wenn wir beim einzelnen Stück alle mitkalkulieren, ebenso dürfen wir auch hier, bei dieser so wichtigen Neuregelung, nicht die Kommission allein arbeiten lassen. Denn damit würden wir uns ein schimpfliches Armutzeugnis ausstellen. In allen Tarifen haben die Kollegen in den einzelnen Betrieben die Aufgabe gehabt, mit dem Unternehmer zusammen die Preise festzustellen, und da sollten sie nicht soviel gelernt haben, um mitarbeiten zu können, wenn es gilt, Grundpreise festzulegen? Das ist unglücklich.

Aber es ist auch unwahrscheinlich!

Es gibt solche Kollegen, die das wohl verstehen; kluge Köpfe, die sich vor keinem Muster scheuen, ob es ein einfaches rohes Trezor, ob es ein Halbarmtrezor ist, ob es sich um die Kalkulationen eines vollständig neuen Artikels oder um eine Mehrarbeit handelt.

Diese Kollegen vor allem werden gebraucht; ihre Geschicklichkeit im Berechnen findet hier ein so dankbares Arbeitsfeld wie selten.

Doch auch der Mindergebildete braucht hier sein Licht nicht unter den Scheffel zu stellen. Um hier mitarbeiten zu können, braucht man kein geborener Rechenkünstler zu sein, auch nicht Kenntnisse in den höheren Rechnungsarten zu besitzen, nicht einmal das Kalkulieren lange Jahre betrieben zu haben. Was wir in den Schulen gelernt haben, reicht aus. Denn wenn ich angeben soll, welchen Preis ein Gros Bügel einzumieten haben soll, so merke ich mir höchst einfach die Zahl der Stunden, die ich dazu brauche. Dann rechne ich diese Stunden mal den Durchschnittslohn und siehe da, das große Kunststück ist gemacht: ich weiß, was auf Bügelmieten ungefähr stehen muß. Und diese Methode kann ich anwenden beim einfachsten Eisenbügel und beim feinsten Facetbügel. Sie versagt nicht bei der einzelnen Arbeit noch bei der viel schwierigeren Arbeit, einen ganzen Artikel mit den vielen einzelnen Arbeiten zu berechnen. Und wenn wir über das Kalkulieren mit dem Unternehmer in Streit geraten, was tun wir da?

Wir fordern ihn auf, doch die Probe aufs Exempel zu machen. Er soll selbst die Arbeit in Lohn machen lassen und sich dann die Zeit merken, so wie wir bei unserem Beispiel vom Bügelmieten uns gemerkt haben, wie lange wir dabei jagen. Und ebenso wie wir beim Bügelmieten aus der Dauer der Zeit uns ihren Affordpreis herausrechneten, so soll auch in diesem Fall der Unternehmer den Affordlohn dieses strittigen Artikels danach bestimmen, wie lange der Artikel in Lohn gedauert hat.

Kurz, unser Leser aus der Reiseartikelbranche sieht schon, daß es keine Riesenaufgabe ist, praktisch mitzuarbeiten an der Festlegung der Mindestlöhne.

Darum soll er auch diese Mitarbeit nicht säuen. Denn sie bewahrt ihn in der Zukunft vor großem Schaden und ist somit wieder ein gut Stück vorwärts auf dem Wege zur vollständigen Beseitigung der Verworrenheit in unserem Affordwesen. Aber er soll auch an die anderen denken, die jetzt draußen an der Front stehen. Sie wären oft vielleicht geeignet, hier mitzuarbeiten. Sie können nicht, weil der blutige Krieg sie zurückhält. Sie sind aber ebenso interessiert an einer Befundung unserer Affordverhältnisse. Ja, noch mehr, sie kehren zurück, viele mit gebrochener Kraft, alle aber in ihrer Gesundheit beeinträchtigt. Und sie können deshalb beim besten Willen nicht mehr so angestrengt arbeiten wie vor dem Kriege. Und da erwacht uns die große Aufgabe, ihre Interessen zu wahren, dafür zu sorgen, daß sie Affordpreise finden, die ihnen auch bei weniger Anstrengungen doch noch erlauben, ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Und darum Reiseartikelarbeiter, laßt uns nicht säumen! Eine prachtvolle Gelegenheit ist uns gegeben, neue, bessere Verhältnisse zu schaffen! Versäumen wir sie nicht!

Dann wird die Aufgabe, die der neue Berliner Tarif uns stellt, auch gut gelöst werden.

Ernst Kreplin.

Sitzung der Schlichtungskommission für das Lederausrüstungsgewerbe in Leipzig.

Am Sonnabend, den 4. August, tagte im Lokal „Zills Tunnel“ eine Sitzung der Leipziger Schlichtungskommission. Zur Verhandlung standen zwei Fälle.

Der Unternehmer Bruno Apelt in Mühlberg a. d. Elbe hatte auf Beledern der Geschloßkörbe und Verlängerung der Drillingskörbe nicht die tarifmäßigen Zeit- und Affordlöhne gezahlt. So hatte derselbe für das Beledern von 15-Zentimeter-Lang-

granatenkörben, Pos. 223 des Reichstarifvertrages, statt 40,9 Pf., eingerechnet 20 Proz. Kriegs- und 10 Proz. Teuerungszuschlag, nur 31 Pf., für 10-Zentimeter-Patronenkörbe, Pos. 224, statt 23,7 Pf., nur 18 Pf., für Munitionskörbe 98, Pos. 225, statt 42,2 Pf., nur 15 Pf., für Verlängerung der Drillingskörbe, Nr. 222, 11. Nachtrag, Pos. 12, statt 82 Pf., nur 50 Pf. und für Handnähmaschinen und Hilfsarbeiterinnen statt 46,80 Pf. für erstere und 32,89 Pf. für letztere, nur 25 Pf. an die Arbeiterinnen pro Stunde an Zeitlohn gezahlt. Gauleiter Busch beantragte, die Firma Bruno Apelt zu verpflichten, vom 14. Januar 1917 rückwirkend auf 6 Monate, also auf den Zeitraum eines Jahres, zur Nachzahlung zu veranlassen, den richtigen Tariflohn von jetzt ab zu bezahlen und den Arbeiterinnen zur Nachrechnung ihrer Arbeiten die Lohnbücher auszubändigen. Herr Apelt führte aus, daß in Mühlberg kein Mensch gewußt habe, daß ein Tarifvertrag für diese Arbeiter besteht. Nachdem der Gauleiter bei ihm vorstellig gewesen sei, habe er einen Offizier, welcher bei ihm die Körbe revidierte, wegen der Zahlung der Tariflöhne gefragt. Dieser habe ihm gesagt: „Ich bin überzeugt, daß Sie nicht verpflichtet sind, für diese Arbeiten die Teuerungszuschläge zu bezahlen.“ Es wäre auch keine Arbeiterin zu ihm gekommen und hätte den Tariflohn verlangt. Von unserem Vertreter wurde dem Herrn Apelt nachgewiesen, daß er bereits am 14. Januar 1917 den Reichstarifvertrag in Händen hatte, demzufolge wissen mußte, was an Lohn für die Arbeiten in Frage kam.

Die Schlichtungskommission entschied, Herr Apelt hat innerhalb 14 Tagen für den zu wenig gezahlten Lohn 2500 Mk. dem Gauleiter Busch zu übergeben. Dieser hat es den Arbeiterinnen, ob organisiert oder nicht, auszuzahlen. Die Tariflöhne sind sofort im Betriebe einzuführen. Mit diesem Schiedsspruch erklärten sich die Parteien einverstanden.

Die Firma Julius Nehle in Nordhausen hat für eine ganze Anzahl Arbeiten die Tariflöhne nicht gezahlt. Für Infanterietornister zahlt die Firma 80 Pf., für Walter-Pistolentaschen (alles Handnaht) 18 Pf., für Kreuzleinen 6—40 Pf. usw. zu wenig an Lohn. Der Inhaber war nicht zugegen. Derselbe hatte ein Schreiben an den Vorsitzenden der Schlichtungskommission gesandt und sich darin bereiterklärt, die Entscheidung der Schlichtungskommission anzuerkennen. Die Schlichtungskommission verpflichtete den Unternehmer Nehle zur Nachzahlung der zu wenig gezahlten Löhne auf die zurückliegende Zeit von 6 Monaten. Die Arbeiten, welche nachgezahlt werden müssen, sollen vom Gauleiter dem Vorsitzenden der Schlichtungskommission übergeben werden.

Neue Vereinbarungen für die Nürnberger Lederwarenindustrie.

Anfang dieses Monats wurde zwischen den beiderseitigen Organisationen folgender neuer Vertragsabluß getätigt:

„Zwischen den dem Verband Deutscher Lederwaren-Industrieller angehörigen Firmen der Lederwarenindustrie in Nürnberg einerseits und der Vertretung der Arbeiterchaft der Nürnberger Portefeuilleindustrie andererseits wurde heute folgende Vereinbarung getroffen:

Mit der Wirksamkeit ab 1. Juli 1917 werden die Kriegsteuerzuschläge in folgender Weise neu geregelt:

	pro Woche
1. Ledige Arbeiterinnen über 16 Jahre	5,— Mk.
2. Verheiratete und verwitwete Arbeiterinnen	7,50 „
Ab 1. Oktober bis 1. April	8,— „
3. Ledige Arbeiter bis zu 20 Mk. Wochenverdienst	6,50 „
4. Ledige Arbeiter über 20 Mk. bis 30 Mk. Wochenverdienst	8,— „
5. Ledige Arbeiter über 30 Mk. Wochenverdienst	7,— „
6. Verheiratete und verwitwete Arbeiter	12,— „
Ab 1. Oktober bis 1. April	13,— „
7. Jugendliche weibliche Arbeiterinnen unter 16 Jahren	3,— „

Verheiratete und Lehrling erhalten nach freier Vereinbarung eine Aufbesserung; für Heimarbeit wird eine Kriegsteuerzuschläge von 20 Proz. bewilligt. Bei Verkürzung der Arbeitszeit auf Veranlassung der Geschäftsleitung wird die Zulage voll bezahlt, dagegen bei Versäumnissen nur verhältnismäßig. Die Kriegsteuerzuschläge werden bezahlt, solange der Krieg dauert; nach Beendigung des Krieges treten die beiderseitigen Ausschüsse wegen Weitergewährung dieser Zulage als Teuerungszulage zusammen.

Nürnberg, den 2. August 1917.

Für die Arbeitgeber: gez. F. Kissinger.
Für die Arbeitnehmer: gez. Aug. Schramm.

Aus unserem Beruf.

Zubiläum. Von unserer Ortsverwaltung Bielefeld erhielten wir folgende Mitteilung: Unser Mitglied Fritz Fischer, geb. 25. März 1873 zu Wächlingen (Württemberg) kann auf eine 25jährige ununterbrochene Mitgliedschaft in unserem Verbands zurücksehen. Beigetreten ist Fischer dem Verband am 6. August 1892 in Stuttgart. Möge der Jubilar noch recht lange in unseren Reihen für unsere gemeinsamen Ideale kämpfen.

Der schweizerische Lederarbeiterverband beruft zum 31. August wiederum einen Verbandstag nach Zürich ein. Im Vordergrund steht die Verschmelzung mit dem Schneiderverband und findet im Anschluß an diesen Verbandstag ein Kongreß der Bekleidungs- und Lederarbeiter statt. Auch wir erhielten zu dieser Tagung eine Einladung, mußten jedoch infolge wichtiger Geschäfte, die uns in dieser Woche abhalten, davon absehen, der freundlichen Einladung Folge zu leisten. Wir wünschen der Organisation und ihrer Tagung den besten Erfolg und werden wir über die Resultate in den nächsten Wochen berichten.

Aus anderen Organisationen.

Im Holzgewerbe ist es jetzt doch noch zur Verständigung gekommen. In der vorigen Woche wurde erneut vor dem Kriegsamt in Berlin verhandelt. Es erhalten danach alle Lohn- und Affordarbeiter eine weitere Teuerungszulage von 15 bis 20 Pf. für die Stunde, je nach den einzelnen Tarifklassen abgesetzt. In den ersten drei Tarifklassen, d. h. in allen Groß- und Mittelstädten, beträgt die Zulage 20 Pf., in der vierten Klasse beträgt sie 19, in der fünften 17 und in der sechsten Klasse 15 Pf. Die Zulagen, die den Arbeiterinnen zu gewähren sind, betragen 15, 14, 13, 12, 11 und 10 Pf. für die Stunde. Diese Zulagen treten sofort insoweit in Kraft, daß bei den Arbeitern ein Nettobetrag von 5 Pf., und bei den Arbeiterinnen ein solcher von 3 Pf. pro Stunde verbleibt, welcher vom 15. September ab zu bezahlen ist.

Von besonderer Wichtigkeit ist auch die in die Vereinbarung aufgenommene Erklärung der Militärverwaltungen in Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg, daß bei der Vergütung von Aufträgen die Einhaltung dieser Vereinbarung zur Pflicht gemacht wird. Auch wird das Kriegsamt den sämtlichen Arbeitgebervereinigungen der Holzindustrie die abgeschlossene Vereinbarung sofort zuzufinden und zu deren Anerkennung aufzufordern.

Damit ist zugleich ausgedrückt, daß die Vereinbarung für alle Arbeitgeber und Arbeiter des Holzgewerbes zu gelten hat.

In den Verhandlungen vor dem Kriegsamt waren sich die Arbeitgeber alle zusammen in dem einen Punkt einig, daß nämlich die Militärverwaltung ihnen die Lieferpreise mindestens um so viel erhöhen müsse, als die neuen Teuerungszulagen ausmachen. Zweifellos werden die Behörden diesem Verlangen entsprechen müssen. Und schon zeigen sich die ersten Versuche auf Arbeitgeberseite, sich zwar vor der Anerkennung und Durchführung der beschlossenen Zulagen zu drücken, andererseits aber die erhöhten Lieferpreise natürlich in Anspruch zu nehmen.

Der Verband der Steinseher konnte in diesen Tagen auf ein fünfundsiebenzigjähriges Bestehen zurückblicken. Das Verbandsorgan feierte in einer besonderen, gut ausgestatteten Festnummer diesen Tag in gebührender Weise. Gleichzeitig beging auch der Leiter der Organisation, Genosse Knoll, das Jubiläum seiner fünfundsiebenzigjährigen Tätigkeit für seine Organisation. Wir haben den Wunsch, daß die Organisation sich auch fernerhin unter ihrer bewährten Leitung so entwickeln möge, wie wir es von den vergangenen Zeiten jagen dürfen und daß auch Genosse Knoll noch lange Jahre in seiner jetzigen Nützlichkeit dem Verbands erhalten bleibe.

Korrespondenzen.

Mainz. Am Mittwoch, den 1. August, fand bei König eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, bei der auch der Kollege Höf aus Offenbach anwesend war. Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab Kollege Braun in Vertretung des Kassierers den Kasienbericht vom 2. Quartal. Die Einnahmen und auch die Mitgliederbewegung zeigten ein sehr günstiges Ergebnis. Bei der Frage Erhöhung der Stücklöhne im Reichstarif wurde zunächst ein Ueberblick über die wirtschaftliche Lage sowie die unerhört hohen Preise auf dem Lebensmittelmarkt gegeben. Dem wurden die Affordlöhne gegenübergestellt. In der sich anschließenden Diskussion erklärten alle Redner übereinstimmend, daß die bestehenden Löhne, besonders der Geschirrsachen, den heutigen Zeitverhältnissen nicht mehr entsprechen. Am Schluß fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die am 1. August 1917 im Lokal von König, Mainz, stattgefundene außerordentliche Mitgliederversammlung bezieht einstimmig die Affordlöhne des Reichstarifs für die Heeresausrüstungsindustrie als den heutigen Zeitverhältnissen durchaus nicht mehr entsprechend und die darauf zu erzielenden Verdienste als nicht mehr ausreichend. Besonders bedürfen die Geschirrsachen und Stallsachen einer gründlichen Revision. Die Kollegen und Kolleginnen erjuden aus diesen Gründen die Zentraltariffkommission um die baldigste Einleitung der notwendigen Schritte zur Förderung dieser dringenden Angelegenheit, um ausreichende Verdienste für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Lederausüstungsbranche zu ermöglichen.“

Nach einer Ergänzungswahl wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Rundschau.

Welchen Einfluß übt das Hilfsdienstgesetz auf den Arbeitsmarkt aus? Man hat bei Einführung des Hilfsdienstgesetzes erwartet, daß ganz besonders bei den männlichen Personen der Wechsel der Arbeitsstelle beschränkt würde. Ist doch jeder Hilfsdienstpflichtige gewissermaßen an seinen Arbeitgeber gebunden; nach § 9 des Gesetzes kann er sich eine anderweitige Beschäftigung nur suchen, wenn er nachweist, daß er die Beschäftigung mit Zustimmung des Unternehmers aufgeben hat (also einen Abfischerchein besitzt) oder länger als zwei Wochen außer Stellung ist. Die Berichte der Arbeitsnachweise zeigen jedoch, daß der Verkehr bei ihnen nur mäßig zurückgegangen ist. Im Juni 1917 waren bei allen Arbeitsnachweisen des Reiches 154 119 männliche Arbeitsuchende und 328 078 offene Stellen für sie gemeldet. Im Mai 1917 waren es 164 961 bzw. 310 342. Nun vergleiche man damit einige Monate vor dem am 5. Dezember erfolgten Einführung des Hilfsdienstgesetzes. Im November 1916 waren 176 621 männliche Arbeitsuchende und 259 819 offene Stellen gemeldet, im September 195 193 bzw. 286 104, im April 204 255 bzw. 236 007. Wenn hiernach allerdings die Zahl der männlichen Arbeitsuchenden abgenommen hat, so ist dabei doch auch nicht zu übersehen, daß die Zahl der zum Heeresdienst Einberufenen immer größer geworden ist, ebenso bei dem gesteigerten Arbeitermangel (der sich in der zunehmenden Zahl der offenen Stellen zeigt) die Zahl derjenigen wächst, die ohne Inanspruchnahme des Arbeitsnachweises wieder in Beschäftigung kommen, wie Reklamierete, aus dem Heeresdienst Entlassene usw. Aus den geringen Veränderungen ergibt sich, daß schon vor der Einführung des Hilfsdienstgesetzes die Arbeiter und Angestellten das Beschäftigungsvverhältnis in der Regel nur dann lösten, wenn sie „wichtige Gründe“ dazu zwingen.

Ausstellung für Kriegsbeschädigtenfürsorge in Leipzig. Die vom Kreisverband Heimatdanf-Leipzig urprünglich für den April geplante Ausstellung für Kriegsbeschädigtenfürsorge ist nunmehr endgültig auf die Zeit vom 11. August bis 3. September verlegt worden. Die Ausstellung wird u. a. eine geschichtliche Abteilung aufweisen, die die Kriegsbeschädigtenfürsorge in früheren Kriegen darstellen wird. Eine zweite Abteilung wird der ärztlichen Fürsorge gewidmet sein. Ferner werden Lehrwerkstätten zeigen, wie heute der Kriegsbeschädigte wieder für einen Beruf arbeitsfähig gemacht wird. Die Siebelungsfrage soll ebenfalls in das Reich der Ausstellung gezogen werden.

Bücherschau.

„Wer trägt die Schuld am Kriege?“ Diese Frage hat der Genosse Eduard David in einer vor dem holländisch-fandinavischen Friedenskomitee in Stockholm am 6. Juni 1917 gehaltenen Rede beantwortet. Diese Rede ist unter vorstehendem Titel soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts in Berlin S.W. 68 im Druck erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die imperialistischen Grundurachen. — Die Entente als Weltverteilungssyndikat. — Die Politik der Zentralmächte. — Die Entfremdung Deutschlands. — Die Größe der Gefahr für Deutschland. — Der Ausbruch der Krise usw.

Die Broschüre ist durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Preis beträgt 1 Mk.

Lehrgang zur vollständigen Erlernung der vereinfachten deutschen Stenographie (Einigungssystem Stolze-Schrey), bearbeitet von Paul Barthel, herausgegeben vom Arbeiter-Stenographen-Verein Stolze-Schrey Groß-Berlin. Verlag: Fritz Schläns, Berlin N., Zionskirchstr. 23. 1917. 32 Seiten. Preis 75 Pfennig.

Die Kurzschrift hat sich im Laufe ihrer Entwicklung immer mehr von einer bloßen Redezeichnung zu einer Schrift für den täglichen Gebrauch umgebildet. Je weiter diese Umbildung fortschritt, desto mehr fand die Kurzschrift auch in den breiten Massen des Volkes Eingang und verschiedene neuere Systeme erwarben sich in der Arbeiterchaft eine zahlreiche Gemeinde. Zu diesen Systemen gehört

vor allen Dingen das Einigungsstystem Stolze-Schrey, dessen Pflege und Verbreitung in der arbeitenden Bevölkerung sich der Arbeiter-Stenographen-Verein zur Aufgabe gemacht hat. Die größte Zweigstelle dieser Organisation, die Mitgliedschaft Groß-Berlin, ist jetzt sogar zur Herausgabe eines neuen Lehrbuches übergegangen, das von Paul Barthel, Redakteur an der „Dresdener Volkszeitung“, bearbeitet worden ist. Die Anordnung des Stoffes, die Fassung der Regeln und die Auswahl der stenographischen Beispiele verraten den erfahrenen stenographischen Theoretiker und Praktiker und den geschulten Stenographielehrer, der auf eine langjährige Unterrichts-tätigkeit zurückblicken kann.

Das gut ausgestattete Buch dürfte geeignet sein, der Kurzschrift in den Reihen der Arbeiterschaft zahlreiche Freunde zu erwerben.

Sterbetafel.

Als Opfer des Krieges ist gefallen unser Mitglied
Hermann Arnold, Leipzig, 32 Jahre alt.

Frankfurt a. M. Philipp Krempel, 55 Jahre alt.

Ehret ihrem Andenken!

Mehrere Sattler

auf **Tornister, Sättel und Paktaschen** sucht

Karl Thorn, Militäreffektenfabrik in **Elberfeld.**

Sattler gesucht
auf **Militärarbeiten.**

Karl Schläfer, Ledertwarenfabrik, Kaiserlautern.

Adressenverzeichnis des Verbandes der Sattler und Portefeuller.

Verbandsbureau: Berlin SO. 16, Brüdenstr. 10b.
Zentralvorstand: P. Blum, Vorsitzender, Alfred Nibel, Kassierer, Berlin, Brüdenstr. 10b.
Ausschuß: Hermann Wolf, Neukölln, Emser Str. 47.
Sattler- und Portefeuller-Zeitung: Redaktion G. Weinschild, Berlin, Brüdenstr. 10b.

Gaulleiter:

Elberfeld. C. Schneider, Barmen, Heusnerstr. 14.
Leipzig. G. Busch, Leipzig, Zeiher Str. 32.
Nürnberg. A. Schramm, Nürnberg, Spohrstr. 16.
Offenbach. R. Höf, Offenbach a. M., Aufr. 9.
Stuttgart. J. Jlg, Stuttgart, Boheimstr. 110.

Verwaltungsstellen:

(1. Adresse Vorsitzender, 2. Adresse Kassierer.)

Ansbach. P. Fiedler, Platenstr. 6.
Augsburg. J. Grift, Lorkingstr. 8, R. Hertle, Schöpferstraße 12 R. I.
Bamberg. M. Hofmann, Judengasse 5.
Bauzen. G. Winler, Wilthener Str. 2a.
G. Schulz, Kirchplatz 3.
Bayreuth. J. Neufam, Lohbeckstr. 7.
Berlin. Verbandsbureau Engelshufer 15, Zimmer 28.
Bielefeld. J. Käjer, Ravensberger Str. 27, B. Ball, Alleestraße 11.
Bonn. W. Schmidt, Dorotheenstr. 25 I.
Brandenburg a. H. R. Bellin, Wilhelmshofdorfer Straße 42, H. Grubbe, Drielow Str. 46.
Braunschweig. P. Martin, Schöttlerstr. 20 I, G. Paul, Hildesheimer Str. 82 III.
Bremen. G. Alverding, Wartburgstr. 13.
Breslau. P. Heiber, Levaldstr. 15, G. Krinke, Viktoriast. 37 IV.
Brieg b. Breslau. R. Materne, Schüsseldorfer Straße 15, Vertzhold Richter, Neuhäuserstr. 18.
Chemnitz. G. Emmerich, Chemnitz, Annabergstr. 143, R. Ludwig, Tafstr. 8.
Cöthen. R. Schröder, Feldstr. 18, D. Schauerhammer, Zimmerstr. 26.
Dresden. Verbandsbureau, Schützenplatz 20 III.
Düsseldorf. A. Prager, D.-Wilk, Himmelgeiststraße 33, M. Schönteuch, Alkerstr. 8 II.
Eisenach. D. Schneider, Mühlhäuser Straße, M. Schäfer, Sophienstr. 15 I.
Eisleben. M. Hafertorn, Hallische Str. 68.
Elberfeld. A. Jähler, Kieselstr. 39 II, G. Leupelt, Gesundheitsstr. 59.

Verwaltungsstelle Berlin.

Achtung! Militärbranche. Achtung!
Donnerstag, den 23. August, abends präz. 7 Uhr im großen Saale des „Gewerkschaftshauses“, Engelshufer 15

Außerordentl. Branchenversammlung.

Tagesordnung:

1. Das Ergebnis der Verhandlungen über die Erweiterung der bisherigen Steuerzulage.
2. Diskussion.
3. Branchenanliegenheiten.

Es wird dringend ersucht, daß die Kollegenschaft pünktlich und vollzählig zur Stelle ist.

Die Branchenleitung.

Sattler

werden dauernd auf **Militärarbeit** gesucht.
Gustav Adolf Roeber,
Magdeburg-B., Thiemstraße 1.

Sattler

auf **Tornister** und **Geschirrsachen** stellt ein
Militäreffektenfabrik Franz Herrmann,
Erfurt.

Tüchtige Sattler auf **Tornister** und **Geschirre**

für dauernd gesucht.

Brauer & Wirth, Stuttgart.

Sattler

für **Militärarbeit** gesucht.
Ryffel & Borns, Militäreffektenfabrik,
Hannover.

Sattler

für **Militärarbeit (Tornister, Patronentaschen, Koppel, Riemen)** werden eingestellt.
v. Dolffs & Helle, Braunschweig,
Hildesheimer Straße 27.

Werkzeuge für **Sattler, Portefeuller** liefert in bester Qualität
Georg Ditter, Messerschmiedemeister,
Offenbach a. M., Kl. Biergrund 5. — Tel. 1514.
(Gegr. 1905.)

Spezialität: **Schleifen von Spaltmessern, Dedelscheren u. Papierschnidemaschinenmessern.**

Die besten **Werkzeuge** für **Sattler, Portefeuller** und **Lapezierer** liefert als **Spezialität**
Bruno Steffen, Berlin SW. 19,
Lindenstr. 63.

Gegründet 1880.
Preislisten S. P. gratis und franko.

Erfurt. A. Sauerbrey, Schwerinstr. 9 pt. I., G. Friedrich, Nettelbedufer 4, I.
Erlangen. W. Heßler, Harfenstr. 25, G. Schmidt, Engelstr. 14.
Essen a. Ruhr. Paul Weher, Effen-Mtenessen, Karlstr. 18, A. Klein, Mathiasstr. 17.
Frankfurt a. M. Verbandsbureau, Stolzestr. 13, Zimmer 26. Nur abends.
Freiburg i. S. P. Rohlmorgen, Silberhofstr. 4, II. C. Morgenstern, Kirchgasse 14 II.
Fürstenwalde. Adolf Geiler, Lindenstr. 31, P. Rodler, Reischendorf b. F., Lessingstr. 16.
Gera-M. F. Kluge, Liebestr. 14, D. Körner, Reichstraße 47.
Gera-S.-G. F. Günther, Lagerhalter, Karl Rümmerling, Porzellanreher.
Glogau. J. Klapper, Lange Str. 71 IV.
Görlitz. A. Zajonz, Reifstr. 20, B. Walter, Prager Straße 106.
Grünberg i. Schl. R. Röming, Ackerstr. 15.
Hagen i. W. Wisf, Bernweiß, Herbede, Wetterstr. 45.
Halle a. S. E. Jänike, Landsberger Str. 66, S. Stage, Schillerstr. 37 I. I.
Hamburg. A. Müller, H. 19, Bismarckstr. 89a II, H. Holzstämpfer, Telemannstr. 58 I.
Hamel i. W. J. Keelen, Rehtthofstr. 2.
Hannover. A. Sohns, Arndtstr. 11, Stefan Widowiat, Rambergstr. 39 IV.
Heilbronn. Karl Schag, Sülmerstr. 107.
Hildesheim. F. Henjschel, Lemisstr. 33 pt.
Hof i. S. G. Schmidl, Graben 13.
Hunfing bei Dieringhausen. C. Buchkremer, Hunfing, Ernst Jff, Binghamen bei Dieringhausen (Mhl.).
Jena. P. Simon, Am Rähmen 5, C. Haake, Jena-Ost, Golmsdorfer Str. 6 II.
Kaiserlautern. R. Emig, Gasstr. 41, A. Wollenberg, Fabrikstr. 10.
Karlsruhe. R. Krause, Kaiser-Allee 78, A. Schuy, Schützenstr. 91 III.
Kassel. G. Weistrop, Weferstr. 15 1/2.
Kiel. D. Wieje, Lerchenstr. 11, G. Rehahn, Knopper Weg 165 III.
Köln a. Rh. Karl Richter, Ehrenfeld, Diebigstr. 151 I, Josef Benz, Köln-Ehrenfeld, Sömmerringstr. 59 I.
Königsberg i. Pr. C. Gottschalk, Tragheimer Kirchenstraße 57 S., Rudolf Beyer, Sachheimer Mittelstraße 3 III.
Konstanz. Karl Nagel, Uhlstrandstr. 5 II.
Köslin i. P. A. Heidemann, Junkerstr. 13 I.
Leipzig. Verbandsbureau, Zeiher Str. 32, Volkshaus.
Leignitz. J. Barthel, Burgstr. 19.
Magdeburg. R. Krull, Kirchstr. 5, D. Brauer, W.-Neustadt, Hamburger Str. 8.

Mannheim. P. Kluge, M.-Waldhof, Waldstr. 45, Karl Knöbler, Waldhofferstr. 19.
Mainz. J. Neumann, Wiesbaden, Hermannstr. 15, Karl Suwert, Dallbergstr. 10.
Mühlheim-Ruhr. Emil Hey, Friedrichstr. 41, W. Müller, Brüderstr. 11.
Mühlhausen i. Th. Fritz Müller, Petrissteinweg 15.
München. R. Kämpf, Schmollerstr. 30 II, A. Gebeling, Schwindstr. 7 I.
Münster i. W. R. Luchmann, R. Simon, beide Wilhelmstr. 47.
Niederschlesien i. S. M. Pape, Schneeberg i. S., Georgenplatz 525.
Nordhausen. Karl Helbig, Wolfstr. 13, Aug. Friedrich, Sandstr. 23.
Nürnberg. Aug. Schramm, Spohrstr. 16 I.
Oberneufisch o. L. A. Lehmann Nr. 4.
Offenbach a. M. und Offenbacher Industriebezirk. Verbandsbureau, Aufr. 9.
Potsdam. C. Dietrich, Lennestr. 70, F. Kähne, Jägerallee 15.
Rathenow. Fr. Wegener, Hagenstr. 4.
Reutlingen. Frd. Müller, Urbachstr. 24.
Rostock. G. Thum, Fischerstr. 48, L. Augsburg, Döberaner Str. 58 I.
Rothenburg o. T. Fr. Wimmerlein, Würzburger Straße 586.
Müffelheim. W. Ernst, Weisenauer Str. 46, R. Samstag, Engelhardtstr. 3.
Solingen. F. Baltes, Kronenstr. 34, P. Galfmann, Moonstr. 21.
Sonneberg. S. M. A. Steinert, Oberlind bei S., Am Markt 113, W. Bergbold, Hintere Bernhardtstr. 9a.
Stralsund. R. Koch, Große Parower Str. 18 I. III.
Stettin. Joh. Kudla, Nemiker Str. 25, R. Weise, Zabelsdorfer Str. 30.
Strahburg i. G. G. Felme, Bieberstr. 1, J. Naujcher, Kagenederbruch 9.
Strieckau. Hermann Wenke, Wilhelmstr. 35.
Stuttgart. S. Hahn, Tübinger Str. 92, W. Weller, Mozartstr. 46 pt.
Weterfen. W. Schmidt, Am See 41.
Ulm a. D. O. Storz, Neu-Ulm, Neuttierstr. 4, C. Fricder, Griesbartgasse 7.
Varel i. D. Fr. Röjer, Holzbergstr. 2.
Weimar. D. Michaelis, Wielandstr. 2 II.
Wismar. W. Arndt, Johannisstr. 3 II.
Zeitz. Ida Reichstein, Posaer Str. 11, R. Müller, Posaer Str. 11.
Zoffen. G. Nindt, Nächst-Neuendorf bei Z., Neuendorfer Chaujfee.
Zwickau i. S. Th. Reinhold, Mittelstr. 42 II, J. Gorris, Wofenstr. 5 III.